

Die EnBW fühlt sich massiv benachteiligt

Energieversorger übt heftige Kritik am Emissionshandel

Die Bundesregierung hat ihre Vorschläge zum Emissionshandel in Deutschland gerade noch rechtzeitig in Brüssel abgegeben. Ausgestanden ist das Thema damit offenbar aber noch lange nicht. Die Atomlobby, allen voran die EnBW, hat entschiedene Einwände gegen die Pläne Berlins.

Von Eva Drews

Es ist still geworden um den Emissionshandel in den vergangenen Wochen. Mit dem in letzter Minute vorgelegten Plan zur Verteilung der Emissionsrechte in Deutschland schien zunächst die Luft aus dem Thema zu sein. Das könnte sich aber bald als Ruhe vor dem Sturm entpuppen, denn hinter den Kulissen regt sich heftiger Widerstand gegen die Vorschläge der rot-grünen Bundesregierung. Vor allem die Kernkraftbetreiber in Deutschland sehen sich extrem benachteiligt – der Karlsruher Energieversorger Energie Baden-Württemberg (EnBW), Betreiber von drei Kernkraftwerken im Land, prüft sogar eine Klage gegen die Zuteilungspläne Berlins. Dadurch könnte der gesamte Zeitplan für den Emissionshandel in Gefahr geraten.

Hintergrund für die Verärgerung der EnBW ist die unterschiedliche Behandlung von Betreibern konventioneller Kraftwerke und Atomstromern, um es konkret zu sagen: die Bevorzugung des Essener RWE-Konzerns, der deutlich mehr als die Hälfte seines Stroms aus Braun- und Steinkohle gewinnt.

Zwar müssen Betreiber von Kernkraftwerken zunächst einmal überhaupt keine Zertifikate erwerben – Atommeiler stoßen kein Kohlendioxid aus. Aber der Atomkonsens sieht vor, dass diese Anlagen in den nächsten Jahren abgeschaltet werden müssen. Als erstes ging das zum Eon-Konzern gehörige Kraftwerk Stade bereits im November vergangenen Jahres vom Netz, im Frühjahr 2005 wird die EnBW-Anlage Obrigheim folgen. Dann müssen Ersatzkraftwerke her, die zwangsläufig Kohlendioxid ausstoßen werden.

Nach den Plänen der Bundesregierung werden Eon und EnBW für den Ersatz ihrer Atommeiler Emissionsrechte bekommen, die sich an den Werten von modernen Braunkohle-, Steinkohle- und Gaskraftwerken orientieren. Einen Rechtsanspruch gibt es darauf allerdings nicht. Zudem sollen die beiden Konzerne in den Jahren 2005 bis 2007 einen jährlichen Ausgleich für das Abschalten der Atommeiler erhalten. Für die EnBW hieße das konkret, sie bekäme pro Jahr Emissionsrechte, die 0,5 Millionen Tonnen CO₂ entsprächen. Der reale Ausstoß des konventionellen Ersatzes für den Atomstrom aber läge, so heißt es in Karlsruhe, bei 2,2 Millionen Tonnen jährlich – 1,7 Millionen Tonnen müsste die EnBW also zukaufen. Geht man von einem Preis von fünf bis 35 Euro pro Tonne aus, bedeutete das Ausgaben in Höhe von 8,5 bis 59,9 Millionen Euro im Jahr.

So weit so gut, wenn es bei den Kohlekraftwerken nicht anders wäre. Denn ersetzt ein Stromunternehmen eines seiner konventionellen Kraftwerke innerhalb von drei Monaten durch ein neues, darf es vier Jahre lang

die Emissionsrechte des alten weiter behalten. Und das könnte lukrativ werden. Die Braunkohlekraftwerke der RWE sind im Durchschnitt älter als 30 Jahre und werden hinter vorgehaltener Hand auch gerne mal als „Dreckschleudern“ bezeichnet. Moderne Braunkohlekraftwerke stoßen deutlich weniger Kohlendioxid aus als diese Dinosaurier der Stromerzeugung. Vier Jahre lang dürfte für die RWE also eine erkleckliche Zahl von Zertifikaten übrig bleiben, die sie Gewinn bringend an andere verkaufen kann, die zu wenig Zertifikate haben – etwa an die EnBW. Und damit nicht genug: sie bekommt auch noch 14 weitere Jahre lang Zertifikate in der vollen Höhe ihrer Emissionen.

Emissionshochburg NRW

Die EnBW rechnet damit, dass einem Kohleverstromer so in 20 Jahren pro Anlage je nach dem Preis für Zertifikate ein Investitionsvorteil von mehreren hundert Millionen Euro entsteht. Genau das aber ist von der Politik auch durchaus gewollt. Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dessen Ressort die Federführung beim Emissionshandel hat, sind die „Dreckschleudern“ der RWE nämlich schon lange ein Dorn im Auge – je schneller sie durch effizientere Anlagen ersetzt werden, desto besser. Rund 40 Prozent des deutschen Kohlendioxidausstoßes entfällt allein auf die RWE-Heimat Nordrhein-Westfalen.

Und hatten Trittin (Grüne) und sein Wirtschaftskollege Wolfgang Clement (SPD) lange Zeit aufs Trefflichste über den Emissionshandel gestritten – in puncto Nordrhein-Westfalen trafen sich ihre Interessen. Trittin wollte die alten Anlagen loswerden und Clement seine Heimat NRW möglichst gut bedient wissen, zumal dort in diesem Jahr Kommunal- und im nächsten Jahr Landtagswahlen anstehen und sich die SPD eine Niederlage in ihrer Hochburg nicht leisten kann. Politik, die sich gegen Kohle und Stahl wendet, kommt an Rhein und Ruhr nicht gut an. Und so fanden sich die beiden Minister, die normalerweise wie Hund und Katze sind, unversehens am gleichen Ende des Seils wieder, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

„Es kann nicht sein, dass Baden-Württemberg gegenüber Nordrhein-Westfalen benachteiligt wird“, schimpft der Leiter Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der EnBW, der ehemalige „Spiegel“-Redakteur Jürgen Hogrefe. Eine von der EnBW in Auftrag gegebene Studie habe ergeben, berichtet der Cheflobbyist des Energieversorgers, dass allein der EnBW bis zum Jahr 2020 ein Wettbewerbsnachteil in Höhe von 650 Millionen Euro entstünde. Ähnliche Belastungen dürften auch auf Eon zukommen – dort aber verlässt man sich offenbar zunächst auf die Lobbyarbeit hinter den Kulissen – eine Stellungnahme ist aus Düsseldorf nicht zu erhalten.

Die EnBW hingegen will mit ihrem Unmut nicht mehr hinterm Berg halten und prüft sogar eine Klage gegen die Pläne Berlins. Ein Rechtsgutachten habe ergeben, dass diese gute Chancen hätte – die Juristen sähen nicht nur alle Merkmale einer verbotenen

staatlichen Beihilfe erfüllt, sondern auch einen unzulässigen staatlichen Eingriff in den Wettbewerb und sogar einen Verstoß gegen

den Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz. Schützenhilfe erhält die EnBW dabei nicht zuletzt aus dem Land. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) wetterte jüngst über den Berliner Entwurf zum Emissionshandel, er begünstige vor allem die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Besonders ärgerlich seien für das Land die eklatanten Benachteiligungen für Betreiber von Kernkraftwerken, die ihre Anlagen im Zuge des Atomausstiegs ersetzen müssten. „Deutlicher kann man Betreiber von Kernkraftwerken nicht benachteiligen“, ließen Teufel und sein Umweltminister Ulrich Müller verlauten. Das Land werde sich mit dem jetzigen Vorschlag des Bundes nicht abfinden und im Bundesrat alles unternehmen, um die Fehler zu beseitigen.

Unterstützung von den Grünen

Und auch von eher unerwarteter Seite erhält die EnBW Zustimmung: In einem der Stuttgarter Zeitung vorliegenden Brief fordern der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Winfried Kretschmann, und der umweltpolitische Sprecher Boris Palmer ihre Bundestagsfraktion auf, die Zuteilungsregeln noch einmal zu überdenken. Zwar befürworte man die Investitionsanreize für den Ersatz konventioneller Kraftwerke. Die Zuteilung für den Ersatz von Atomkraftwerken müsse aber verbessert werden. „Ohne eine solche Regelung wächst unseres Erachtens die Gefahr, dass aufgrund des wachsenden Einflusses der EdF – bereits heute hält der französische Strommulti 34,5 Prozent der EnBW-Aktien – das Unternehmen anstelle von notwendigen Reinvestitionen am hiesigen Standort verstärkt auf den Zukauf und Import von (Atom-)Strom aus den Nachbarländern ausweicht. Letztlich wäre dies der Anfang vom Ende eines relevanten Energieerzeugungsstandorts Baden-Württemberg.“

Viel Zeit bleibt der EnBW indes nicht: Bereits Ende Mai soll das entsprechende Gesetz den Bundestag passieren, spätestens am 9. Juli steht es auf der Tagesordnung der Länderkammer. Auf Jammern werden sich die Karlsruher aber sicher auch nicht beschränken. Hat doch die EdF unlängst die vier großen deutschen Stromkonzerne dazu eingeladen, sich am Bau eines neuen Atomkraftwerks in Frankreich zu beteiligen. EnBW-Chef Utz Claassen bestätigte vergangene Woche bei der Hauptversammlung, dass man ein derartiges Engagement prüfe – und von einem Ausbau der Synergien zwischen EdF und EnBW war auch die Rede. Mit den Plänen zum Emissionshandel dürfte die Idee an Charme gewonnen haben: Für ein Atomkraftwerk bräuchte die EnBW keine Emissionsrechte – und die rot-grüne Bundesregierung, die Mutter des deutschen Atomausstiegs, wäre bis auf die Knochen blamiert.

STICHWORT

Die Berliner Pläne